

## **Beschluss des Kreisvorstandes der SPD Mitte: „Wohnungs- und Obdachlosigkeit verhindern!“**

1 Die SPD Mitte bekräftigt ihre Forderungen, mehr Anstrengungen zu unternehmen, um  
2 Obdachlosigkeit zu vermeiden. Sie fordert bedarfsorientiertes, verwaltungsübergreifendes Handeln  
3 von Senat und Bezirken:

- 4 1. **Kurzfristig muss Obdachlosigkeit vermieden werden, indem ausreichend Plätze für**  
5 **Notübernachtungen bereitgestellt werden** – zusätzlich zu den auszuweitenden Angeboten  
6 der Kältehilfe – auch ganzjährig und orientiert an den Bedarfen der Zielgruppen,  
7 insbesondere Frauen und Kinder. Alle, die einen Übernachtungsplatz brauchen und wollen,  
8 müssen einen solchen angeboten bekommen. Die SPD Mitte fordert den Senat auf, wenn  
9 erforderlich, auch Kapazitäten aus freigezogenen Flüchtlingsunterkünften zu nutzen. Die SPD  
10 Mitte fordert den Senat und das Abgeordnetenhaus von Berlin auf, die vereinbarte  
11 gesamtstädtische Koordination der Unterbringung von Obdachlosen sowie weiterer  
12 Angebote sehr schnell wirksam werden zu lassen. Die in diesem Zusammenhang dringend  
13 gebotene Überarbeitung der inzwischen 18 Jahre alten Leitlinien der Wohnungslosienpolitik  
14 ist endlich voranzubringen.
- 15 2. **Die SPD Mitte fordert das Bezirksamt auf, bedarfsorientierte Hilfs- und**  
16 **Unterstützungsangebote für obdachlose Menschen aktiv anzubieten.** Die reine personelle  
17 Begleitung des Sozialamtes bei Räumungen von Zeltlagern ist kein aktives Hilfsangebot.
- 18 3. **Die Bekämpfung von Obdachlosigkeit erfordert auch neues Personal.** Wir fordern den Senat  
19 auf, gemeinsam mit den Trägern von Sozial- und Beratungsangeboten zu prüfen, inwieweit  
20 diese ausreichend personell ausgestattet sind sowie die finanziellen Mittel für die Deckung  
21 eines etwaigen Mehrbedarfs umgehend zur Verfügung zu stellen. Außerdem fordern wir den  
22 Bezirksbürgermeister endlich mehr Personal für das Ordnungsamt einzustellen.
- 23 4. **Leistungen des Sozial-, Gesundheits- und des Jugendamtes, die gesetzlich verankert sind**  
24 **und auf Antrag gewährt werden, müssen vom Bezirk aktiv angeboten und vom Land**  
25 **finanziell gesichert werden.** Dazu gehören auch Angebote des betreuten Wohnens. Hierbei  
26 ist die Finanzsteuerung dieser Leistungen nicht nach dem Prinzip der Minimierung von  
27 Ausgaben zu betreiben. Die Wirksamkeit der Leistung muss im Vordergrund stehen und erst  
28 dann wird die preiswerteste Alternative gewählt. Jede Maßnahme zur Vermeidung und  
29 Beendigung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit „rechnet“ sich für die Gesellschaft, wenn  
30 die Chance auf ein unabhängiges Leben in den eigenen vier Wänden erreicht werden kann.
- 31 5. **Die tatsächliche Situation betreffend die Obdach- und Wohnungslosigkeit im Bezirk Mitte,**  
32 **aber auch im gesamten Land Berlin muss genauer ermittelt und erfasst werden.** Nur auf  
33 dieser Grundlage können bedarfs- und problemorientierte Angebote zur Bekämpfung von  
34 Obdachlosigkeit und Wohnungslosigkeit, aber auch von zielgerichteten Maßnahmen zur  
35 Prävention erarbeitet und umgesetzt werde

36

37 **Obdachlose Menschen sind unterschiedlich – die Gründe für ihre Situation und notwendige**  
38 **Hilfsangebote sind höchst individuell.** Obdachlosigkeit ist in vielen Fällen das Ergebnis einer  
39 verzweifelten Lage von Menschen, in welche diese durch mangelnde Sicherheit geraten sind.  
40 Dazu gehören Schwarzarbeit, Scheinselbständigkeit, fristlose Entlassung bei Erkrankung und  
41 Schwangerschaft, Menschenhandel und Zwangsprostitution, andere Formen der  
42 Arbeitsausbeutung, wovon insbesondere Wanderarbeitnehmer\*innen betroffen sind. Andere  
43 Gründe sind aber auch 100%-Sanktionen bei Hartz IV, Mietwucher, unerlaubte Mieterhöhungen  
44 oder Wohnungskündigungen. Deshalb gibt es auch nicht die „eine Antwort“ auf die Problemlage.  
45 Alle Angebote, die obdachlosen Menschen wieder ein selbstbestimmtes Leben in Würde

**Beschluss des Kreisvorstandes der SPD Mitte:  
„Wohnungs- und Obdachlosigkeit verhindern!“**

46 ermöglichen sollen, müssen deshalb individuell und zielgruppenspezifisch sein. Voraussetzung  
47 hierfür ist die Kenntnis der Problemlagen.

48 **Langfristig kann ausreichend bezahlbarer Wohnraum Wohnungslosigkeit entgegenwirken.**  
49 Deshalb ist für die SPD Mitte der Wohnungsneubau mit einem deutlichen Schwerpunkt von  
50 sozialem Wohnungsbau die Kernforderung zur Vermeidung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit.  
51 Die Verhinderung von Wohnungsbau – vor der „eigenen Haustür“ oder der Volksentscheid zur  
52 Offenhaltung von Tegel erhöhen tendenziell das Risiko, in Berlin die Wohnung zu verlieren und  
53 obdachlos zu werden.

54 **Bekämpfung von Kriminalität ist eine Selbstverständlichkeit.** Gewalttätigkeit und  
55 Zwangsprostitution müssen von Polizei und Strafverfolgungsbehörden verfolgt werden. Die  
56 Beschäftigten des Straßen- und Grünflächenamtes sowie des Ordnungsamtes Mitte müssen  
57 gegen Beleidigungen und erst recht körperliche Angriffe geschützt werden. Die SPD Mitte  
58 begrüßt daher die entsprechenden Vereinbarungen der Taskforce Tiergarten von Senat und den  
59 Bezirken Mitte und Charlottenburg-Wilmersdorf.

60 **Verwaltung und Politik sind nicht machtlos und angesichts der finanziellen Lage des Landes**  
61 **Berlin auch nicht handlungsunfähig.** Allerdings wird dem Thema nur gerecht, wer nicht nur im  
62 Rahmen seiner Zuständigkeit verwaltet, sondern aktiv gesellschaftliche Gestaltungsziele verfolgt.  
63 Mit dem dargestellten fachübergreifenden Maßnahmenbündel werden populistische  
64 Scheinlösungsvorschläge überflüssig und geben rechtsgerichteten und rassistischen  
65 Hetzkampagnen keinen Raum. Die SPD Mitte fordert Verwaltungen und Politik im Bezirk und im  
66 Land auf, entsprechend zu handeln.